

Schriftliche Anfrage betreffend Abschaffung resp. Senkung der Studiengebühren

24.5428.01

Am 16. September beginnt für Tausende Studierende das Herbstsemester. Nun ist die Semestergebühr bereits beglichen, entweder aus dem eigenen Portemonnaie, jenem der Eltern oder es wurde eine andere Unterstützungslösung gefunden. Dabei wird viel zu selten darüber gesprochen: 850 CHF pro Semester für die Universität Basel bzw. 700 CHF für Studierende der Fachhochschule sind für viele kein Klax. Es kommt dazu, dass ausgerechnet jene, die sich die Studiengebühren selbst finanzieren müssen, oft gezwungen sind, nebst dem Studium (mehr) zu arbeiten. Dies wiederum hat zur Folge, dass sie womöglich länger - oder mit Unterbrüchen - studieren. Demnach brauchen sie für ihr Studium länger, was einerseits den eigenen Geldbeutel länger belastet, aber auch für die Universität selber zum Problem werden kann (Medien berichteten: „Mehr Druck auf Langzeitstudierende?, SRF, 2024“). Hiermit manifestieren Semestergebühren die Chancenungleichheit in der universitären Bildung. Zudem machen die Studiengebühren nur einen geringen Teil der Finanzen der Universität(en) aus und sind für den Betrieb der jeweiligen Universität oder Fachhochschule absolut vernachlässigbar.

In diesem Zusammenhang bittet die Unterzeichnende den Regierungsrat um die Beantwortung folgender Fragen:

1. Wie haben sich die Semestergebühren seit 2010 entwickelt (real und im Vergleich zum Gesamtbudget der Uni/ FHNW)?
2. Welchen Anteil haben die Semestergebühren am finanziellen Gesamtvolumen der Universität Basel und der Fachhochschule Nordwestschweiz (FHNW) in den Jahren 2010 bis heute?
3. Mit welcher Argumentation werden Semestergebühren grundsätzlich erhoben?
4. Bildung ist die wichtigste Schweizer Ressource, die Semestergebühr verschärft/ manifestiert die Chancenungleichheit. Wie steht der Regierungsrat gegenüber einer Reduzierung oder gänzlichen Abschaffung von Studiengebühren?
5. Die Informationslage zu Stipendien oder dem Erlass der Studiengebühren ist intransparent und stellt für die Betroffenen eine Bürde dar. Was unternimmt der Kanton, den Zugang zu Information über Verbilligungen/ Studiengebühr-Erlassungen zu vereinfachen?

Sasha Mazzotti